



Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

Altersvorsorge verbessern – Altersarmut bekämpfen

Drucksache 19/ 510

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die Grünen und FDP, Drucksache 19/510, wird wie folgt ergänzt:

5. eine höhere Wahlfreiheit beim Renteneintrittsalter ermöglicht, jedoch nicht die jetzige Regelaltersgrenze weiter angehoben wird.
6. der jahrzehntlang erarbeitete und verdiente Lebensstandard im Rentenalter in Höhe des gesetzlich festgelegten Rentenniveaus von mind. 48 Prozent gesichert wird.
7. eine Solidarrente eingeführt wird. Wer 35 Jahre oder länger Beiträge gezahlt hat und /oder Zeiten für Kindererziehung und Pflege angerechnet bekommt, soll einen Anspruch auf eine gesetzliche Solidarrente haben, sofern keine ausreichende Anzahl an Entgeltpunkten und kein umfangreiches sonstiges Einkommen im Haushalt vorhanden ist. Die Solidarrente soll zehn Prozent über den Grundsicherungsanspruch liegen.
8. die die bisher nicht versicherten Selbstständigen mit einbezogen werden, mit dem Ziel, die gesetzliche Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung auszubauen.
9. das Lohnniveaus durch Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung, die weitere Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Stärkung der Tarifbindung gesichert werden.

Wolfgang Baasch
und Fraktion